



LANDESBEIRATSSITZUNG

Auf die GdP kommt viel Arbeit zu

Im Juni kamen die gewählten Beiratsmitglieder des GdP-Landesbezirks in den Räumen des Gesamtpersonalrats zusammen, um über eine Vielzahl an Themen zu diskutieren und zu beschließen. Als Gast war auch Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) geladen, der am Nachmittag zu Reformen im Bereich des Innenressorts sowie den laufenden Haushaltsberatungen referierte.

Landesdelegiertentag 2018

Die rund 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aller Bereiche des Landesbezirks nutzten den Vormittag, um über den bevorstehenden Landesdelegiertentag zu diskutieren. Am 8. und 9. März 2018 soll der nächste Delegiertentag im Swissôtel Bremen stattfinden. Neben den üblichen Antragsberatungen und Beschlüssen muss, wie alle vier Jahre, auch ein neuer geschäftsführender Landesvorstand gewählt werden. Unser derzeitiger Landesvorsitzender Jochen Koppelke erklärte hierzu, dass er aufgrund seiner zweijährigen dienstlichen Abwesenheit für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung stehe. Der Appell unseres Landesvorsitzenden aber war deutlich und klar: Wer Vorstandsarbeit in der GdP machen will, ist aufgefordert und eingeladen sich zu melden und Kontakt zum derzeitigen Vorstand aufzunehmen.

Reformen führen zu Veränderung der GdP-Struktur

Zentrales Thema des Tagesordnungspunktes Landesdelegiertentag war aber vor allem, dass die derzeitigen Reformen im Bereich der Polizei Bremen, des ehemaligen Stadtamtes und des Innenressorts auch Veränderungen der GdP-Landesbezirksstruktur erfordern. Diese Veränderungen, die einer Satzungsänderung bedürfen, können ausschließlich durch das höchste Gremium des Landesbezirks beschlossen werden, dem Landesde-

legiertentag. Aus diesem Grund waren bereits mit Beschluss der Landesvorstandssitzung im Februar die entsprechenden Arbeitsaufträge an die Personen- und Fachgruppen der GdP ergangen. So muss zum Beispiel die Fachgruppe Stadtamt aufgrund der Auflösung des Stadtamtes und Neugründung verschiedener Ämter eine neue Ausrichtung innerhalb der GdP finden. Des Weiteren sind Fachgruppen wie die Fachgruppe Schutzpolizei oder Bereitschaftspolizei in der möglichen neuen Drei-Säulen-Struktur der Polizei Bremen zwar noch wichtig und nötig, dennoch muss der neuen Direktion Einsatz

Innensenator stellt aktuelle Sachstände vor

Der Einladung der GdP folgte Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) sofort. Nachdem er bereits eine Vielzahl an Beiräten der Stadt Bremen zum Thema Reform 2600 aufsuchte, um sich kritischen Fragen und der neuen Ausrichtung der Polizei Bremen zu stellen, stand er nun erstmalig der GdP Rede und Antwort. Dabei machte er deutlich, dass vor allem die Stärkung des 110-Prozess auf Kosten der Bereitschaftspolizei und der Kriminalpolizei ein zentrales Anliegen seiner Reform sei. Dabei stellte er aber fest,



Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) informierte den Landesbeirat über seine Pläne zur Neuorganisation von Polizei und Stadtamt.

Rechnung getragen werden. Mitglieder der jeweiligen Bereiche sind aufgefordert, Ideen und Wünsche an die jeweiligen Fachgruppen zu richten.

Der GdP-Landesbezirk wird sich in seiner bisherigen Struktur verändern, ja verändern müssen, ohne dabei an Schlagkräftigkeit zu verlieren. Der GdP-Beirat ist sich sicher, dass dies in den kommenden Monaten bis zum Landesdelegiertentag gelingen wird. Viel Arbeit, die sich auszahlen wird, denn nichts ist wichtiger, als unseren vielen Mitgliedern eine gute, kraftvolle Betreuung und Vertretung zu sein.

dass diese gelegten Lücken schmerzhaft seien, derzeit aber keine Verbesserung der Personalsituation in Sicht sei. Aus Sicht des Innensensors seien neben der Vielzahl an getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der Polizei keine weiteren Maßnahmen möglich. Angestellte im Polizeidienst, zusätzliches Tarifpersonal für Spezialaufgaben sowie das Aussetzen des Ermittlerlehrgangs konnten nur einen Teil der Personalprobleme lösen. Die hohen Einstellungszahlen führen aus Sicht des Innensensors zu neuen

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Problemen, wenn es darum geht, ausreichend Praxistrainer und Ausbildungspersonal einzusetzen.

Die JUNGE GRUPPE forderte in diesem Zusammenhang, die hohe Ausbildungsqualität nicht zu senken. Immer wieder wurde deutlich, dass vor allem die Personalsituation für alle Anwesenden unbefriedigend ist und somit die GdP-Forderung nach mehr Personal wieder in den Fokus der laufenden Haushaltsberatungen gelangen muss.

Neue Ämter mit Personalsorgen

Innensenator Mäurer stellte im zweiten Teil seines Vortrags die Zerschlagung des Stadtamtes dar. Er ging auf die neu gegründeten Ämter

ein. Dabei stellte er die derzeitige prekäre Beschäftigung dar, die sowohl aus seiner, als auch aus Sicht der Beiratsmitglieder schnellstens verbessert werden muss. Poolkräfte, die jederzeit aus dem laufenden Betrieb eines Amtes abgezogen werden können, sind aus Sicht der GdP keine verlässliche Verstärkung. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss aus Sicht der GdP-Fachgruppe Stadttamt eine Perspektive gegeben werden, damit ihre gute Arbeit sich auch auszahlen kann. Auch hier verwies Innensenator Mäurer auf die laufenden Haushaltsberatungen und den derzeit ungewissen Ausgang.

Droht dem Land eine haushaltslose Zeit?

Zum Abschluss des Vortrags des Innensensors und der Diskussions-

runde wies Innensenator Mäurer darauf hin, dass möglicherweise eine haushaltslose Zeit zu Beginn des Jahres 2018 bevorsteht.

Aus Sicht der GdP droht damit wieder eine Verschiebung der Beförderungen, wie bereits 2016. Derzeit versucht der GdP-Vorstand durch Gespräche, diese Entwicklung abzuwenden, denn die vorherrschende Unterdeckung sowie die niedrige Anzahl an Beförderungen bei der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde sind ein zentrales Thema unserer Gewerkschaft der Polizei.

Wir bleiben für euch am Thema, nachdem wir erfolgreich für die Zweigeteilte Laufbahn im Land Bremen gekämpft haben. Jetzt kämpfen wir für mehr Beförderungen und Hebungen. Und für A 10 nach längstens zehn Jahren.

TERMIN

Redaktionsschluss für die **August-Ausgabe 2017**, Landesjournal Bremen, ist der **4. Juli 2017**.

Artikel bitte mailen an:
Ahlersbande@t-online.de

FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI ERFOLGREICH

Außentragehülle wird beschafft

Polizeivizepräsident gibt grünes Licht

Nachdem Bremens Innensenator Ulrich Mäurer im Februar 2017 der Forderung der GdP nach einer Außentragehülle (ATH) als Ergänzung für die Unterziehschutzwesten zugestimmt hatte, wurde durch die Arbeitsgruppe ATH ein Prototyp für die zukünftige Außentragehülle entworfen und von der Firma Mehler hergestellt.

Anpassungen vorgenommen werden, die durch eine Veränderung von Einsatzmitteln (beispielsweise Größe des Pfeffersprays) notwendig werden.

Dies ist ein klarer Vorteil gegenüber dem zunächst favorisierten Modell aus Schleswig-Holstein.

Ein paar Schönheitsfehler (Druckknöpfe u. Ä.) müssen an dem Prototypen der neuen ATH noch korrigiert

Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Harald Seutter (Direktion ZTD) bestand aus zukünftigen ATH-Nutzern unterschiedlicher Direktionen sowie Nils Winter und Christina Biese von der GdP-Fachgruppe Schutzpolizei. Unsere Kollegen erarbeiteten ein ATH-Modell, das ihren Vorstellungen für eine zweckmäßige Außentragehülle entspricht. Eine Trageverpflichtung wird es nicht geben. Dabei fanden auch von der Polizeiführung festgelegte Vorgaben Berücksichtigung.

Das ATH-Modell Bremen gewährleistet ein einheitliches Erscheinungsbild und wird je nach Organisationszugehörigkeit gleichartig mit individuell anbringbaren Taschen versehen. So können auch sinnvolle



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bremen**

Geschäftsstelle:

Bgm.-Smidt-Straße 78
28195 Bremen
Telefon (04 21) 9 49 58 50
Telefax (04 21) 9 49 58 59
Behörde: 1 09 48
Internet: www.gdp-bremen.de
E-Mail: info@gdp-hb.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:

Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 1. Januar 2017

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



FACHGRUPPE SCHUTZPOLIZEI ERFOLGREICH

werden, dann kann sie in die Produktion gehen.

Am 29. Mai 2017 stellten Harald Seutter, Christina Biese und Nils Winter das Modell der ATH unserem Polizeivizepräsidenten Dirk Fasse vor. Dieser war begeistert von unserem

Modell und gab grünes Licht für die Bestellung und die Ausstattung der Kollegen.

Wir freuen uns, dass unsere nachhaltige Forderung jetzt unmittelbar vor der Umsetzung steht. Nun erwarten wir eine schnelle Umsetzung der

nächsten Schritte, damit im Sommer 2017 bereits die ersten Kollegen mit der neuen ATH ausgestattet sind und die heißen Tage besser überstehen.

Eure Fachgruppe Schutzpolizei

RECHTSPRECHUNG IN BREMEN

Klage gegen Lebensarbeitszeitverlängerung abgewiesen

Mit Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften vom 20. 12. 2011 hatte die bremische Bürgerschaft beschlossen, ab 2013 stufenweise die Lebensarbeitszeit für Polizeibeamte in Bremen anzuheben (§ 108 BremBeamtG). Ab 2018 wird damit die Regelaltersgrenze für Polizeibeamte bei 62 Jahren liegen.

Für den ersten Kläger, ein Kollege des Geburtsjahrgangs 1957, wurde am 3. 1. 2013 Klage beim Verwaltungsgericht Bremen erhoben. Aus persönlichen Gründen konnte dieses Verfahren aber nicht mit einem Urteil abgeschlossen werden.

Für den nächsten Kläger wurde nach erneuter Durchführung des Vorverfahrens am 10. 9. 2015 Klage erhoben. Nach Erörterung der Sach- und Rechtslage im Termin beim VG Bremen am 11. 4. 2017 wies das Gericht die Klage als unbegründet zurück. Das 14-seitige Urteil lässt erkennen, dass sich das Gericht umfassend mit dem Gegenstand der Klage befasst hat. In den Entscheidungsgründen führt das Gericht aus, dass die Klage zwar zulässig, aber nicht begründet ist. Denn § 108 BremBG ist nach Auffassung des VG verfassungsgemäß:

Zum einen sei die neu festgelegte Altersgrenze nicht zweckwidrig, der Gesetzgeber habe einen weiten Gestaltungsspielraum bei der Heraufsetzung der Altersgrenze. Auch liege kein Verstoß gegen den Grundsatz der Fürsorgepflicht vor. Die Privilegierung der bremischen Polizeibeamten durch eine verhältnismäßig nied-

rige Altersgrenze und die Übergangsregelung sei ausreichend. Auch eine Verletzung des Grundsatzes des Vertrauensschutzes liege nicht vor, da das öffentliche Interesse überwiege und die Übergangsregelung ausreichend das Individualinteresse berücksichtige. Eine Verletzung des Gleichheitssatzes im Verhältnis

zu Feuerwehrbeamten der Laufbahngruppe 1, deren Lebensaltersgrenze nach wie vor bei 60 Jahren liegt, sei nicht gegeben.

Das Gericht hat im Urteil die Berufung nicht zugelassen, das Urteil ist rechtskräftig.

RAin Dr. C. Albrecht-Sautter

Dazu ein Kommentar von Heinfried Keithahn, stellv. Landesvorsitzender:

Die Gewerkschaft der Polizei hält an ihrer Auffassung fest, dass die besondere Altersgrenze vorrangig ein Instrument zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit besonderer Verwaltungszweige ist. Und diese liegt für die Polizei bei der Vollendung des 60. Lebensjahres. Damit ist generalisierend und pauschalierend festzustellen, dass Angehörige des Polizeivollzugsdienstes ab einem bestimmten Alter ohne Rücksicht auf die individuelle Leistungsfähigkeit den dienstlichen Anforderungen aus dem übertragenen abstrakten Funktionsamt grundsätzlich nicht mehr genügen. Das Gericht sieht dies grundsätzlich auch so, allerdings setzt es diese Grenze auf die Vollendung des 62. Lebensjahres. Dieser generellen Heraufsetzung der Altersgrenze können wir nicht folgen und halten an unserer Meinung fest, dass unter anderem vor dem Hintergrund der komplexen Aufgabenzunahme und -verdichtung, der zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte und der allgemeinen Bedrohungslage durch internationalen Terrorismus eine Heraufsetzung der Altersgrenze nicht angezeit ist und Polizisten über 60 im Normalfall nicht mehr über die geforderte psychische und physische Leistungsfähigkeit verfügen und auch nicht mehr in der Lage sind, multiple Stresssituationen neuer Art zu bewältigen. Unsere Auffassung wird dabei gestützt von der Tatsache, dass bei der Polizei diverse Beamte wegen Krankheiten des Nervensystems vorzeitig ausscheiden. Ein deutlicheres Zeichen für die psychische Belastung der Kolleginnen und Kollegen ist doch kaum möglich. Schade, dass die Richter die besonderen Belastungen des Polizeivollzugsdienstes nicht in dem erforderlichen Umfang gewürdigt haben und schade, dass arbeitsmedizinische Untersuchungen bei der Urteilsfindung ebenfalls keine Rolle spielten.



Seminar der Fachgruppe in Tossens



Gewerkschaftlich aktive Senioren ließen sich während des Seminars zu vielerlei Themen auf den neuesten Stand bringen.

Aktuell

Bremen, im Juni 2017

FG-Seminar Zentrale Dienste

13.09. – 15.09.2017

Wir starten wieder mit unserem „traditionellen“ Fachgruppenseminar in Tossens! In den Fokus haben wir folgende Themen gestellt:

Die mittlerweile nun **konkreten Auswirkungen der Reform** auf die einzelnen Fachgruppen und der Neustrukturierung der Bereiche FP, ZTD und ZES.

Für den 14.09.17 hat Frau **Andrea Wittrock, Leiterin der Direktion ZPD**, zugesagt und wird zur Reform 2600 berichten.

Gerne möchten wir das Thema **Arbeitsschutz** erneut in den Mittelpunkt rücken und hoffen auf die Teilnahme des Psychologen Herrn Reinking von den Fachkräften für Arbeitssicherheit der PERFORMA Nord.

Weiteres Thema: Konkretisierung und Aktualisierung der Anträge für den Landesdelegiertentag in 2018

Die dreitägige Veranstaltung mit dem Titel „Die Gewerkschaft in der Gesellschaft“ findet vom **13.09. – 15.09.17 im Nordseebad Tossens** statt und kann mit Bildungsurlaub besucht werden. Musteranträge sind auf Anfrage in der GdP-Geschäftsstelle erhältlich.

Geplante Themen für 2017

- Auswirkungen der Reform auf die Zentralen Dienste
- Ausrichtung der FG ZD für die Zukunft
- Arbeitsschutz
- Anträge für Landesdelegiertentag

*) Programmänderungen vorbehalten

Eure Anmeldung kann direkt erfolgen über die GdP-Geschäftsstelle, Gaby Buziek, Telefon -10948 (Behörde) oder per E-Mail an gaby.buziek@gdp.de.

Euer Fachgruppen-Vorstand

Vom 3. bis 5. Mai 2017 fand unser Fachgruppenseminar in Tossens statt.

Das dreitägige Seminar stand – wie in den Vorjahren – unter dem Motto: „Die Rolle der Gewerkschaft in der Gesellschaft.“ Ein Thema war die Übernahme der Tarifiergebnisse 2017/2018 für Versorgungsempfänger/-innen. Zur Frage, ob dies noch amtsangemessen ist, hat das Bundesverfassungsgericht konkret Stellung genommen (Urteil vom 5. Mai 2015) und fünf Parameter festgelegt, die erfüllt sein müssen. Diese wurden den Teilnehmern vorgestellt, mit anschließender Diskussion und vielen Wortbeiträgen. Weitere Themen waren: Vorbereitung der Mitgliederversammlung der FG Senioren am 19. Oktober 2017. Erarbeitung von Anträgen in Arbeitsgruppen für die Mitgliederversammlung und für den GdP-Landesdelegiertentag im März 2018 sowie der der GdP Bundesseniorenkonferenz im März 2018 in Potsdam. Am letzten Seminartag wurde noch einmal die neue „APS-Broschüre“ der GdP vorgestellt.

Alle Teilnehmer waren sehr zufrieden und der Verfasser hofft, dass die positiven Erlebnisse weitergetragen werden. Im Mai 2018 wird es sicherlich wieder ein Seminar der Fachgruppe Senioren geben.

Wolfgang Karzenburg



FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Wohin steuert die Bereitschaftspolizei?

In Tossens suchte man die Antwort

In der Personalversammlung 2015 war unter anderem diese Frage aufgetreten. Hierzu war ein großes Containerschiff an die Wand projiziert, welches voll beladen war mit den Aufgaben der Bereitschaftspolizei Bremen. In der Mitte des Giganten war bereits ein erster großer Riss angedeutet, der auf die Überladung hindeutete.

Mittlerweile sind fast zwei Jahre vergangen und die gegenwärtigen Reformbemühungen der Polizei Bremen wirken sich auch bei der Bereitschaftspolizei aus. Wer diesbezüglich glaubt, die Fracht für die Bereitschaftspolizei habe mit der Zeit abgenommen, der darf sich irren: Die Bereitschaftspolizei ist vielmehr gefordert, bei gleich bleibender Ladung nur mit wesentlich weniger Frachtraum durch die Unwägbarkeiten der gegenwärtigen Sicherheitsarchitektur zu manövrieren. Auch wenn nunmehr die Last erdrückend ist und die Bereitschaftspolizei aufgrund der reduzierten Zugstärken unterzugehen droht, fordert Politik und Polizeiführung vehement, die Fahrt noch zu beschleunigen.

SENIOREN

Monatstreffen

In den Monaten Juli und August finden keine Treffen in Bremen und Bremerhaven statt.

Die nächsten Treffen:

Bremerhaven

Dienstag, 12. September 2017,
16 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am
Holzafen 8

Bremen

Donnerstag, 14. September 2017,
15.30 Uhr, Grollander Krug

Wolfgang Karzenburg

**Einsatzbetreuung
G20 Gipfel in Hamburg
07.-08. Juli 2017**

**Gewerkschaft der Polizei
Hamburg**

Notfall-Rechtsschutz
GdP
0152/38541535

Aktuelle Infos
findet Ihr auf unseren Facebook-Seiten
Gewerkschaft der Polizei - GdP - Hamburg
GdP Hamburg osze_g20
oder besucht uns bei Twitter **@GdP_Hamburg!**

Aber wie soll das funktionieren?

Interessierte haben die Chance genutzt, an dem Fachgruppenseminar der Bereitschaftspolizei vom 8. bis 10. Mai 2017 teilzunehmen, um Antworten auf diese Frage zu erhalten.

Der gefundene Teilnehmerkreis setzte sich aus den Bereichen der Aus- und Fortbildung, der Einsatzzüge, der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit, des Polizeigewahrsams und des Objektschutzes zusammen. Damit war fast ein komplettes Abbild der Belegschaft der Bereitschaftspolizei in Tossens vertreten – mit Ausnahme der Diensthundeführer und der Technischen Einheit.

Die unterschiedliche Zusammensetzung des Teilnehmerkreises macht deutlich, dass ein breites Interesse an der Beantwortung der Kernfrage vorhanden ist: Was bedeutet die Polizeireform für die jeweiligen Organisationseinheiten der Bereitschaftspolizei? Neben dem Bedürfnis nach Informationen ist aber auch eines zu spüren gewesen: Große Unsicherheit!

„Belastung muss gleich verteilt sein“

Die geladenen Gäste, **Reiner Zottmann** und **Michael Steines**, ver-

suchten jeweils an einem Tag die Reformbemühungen der Polizei Bremen zu erklären. Herr Zottmann machte deutlich, dass die Belastung gleich verteilt sein müsse in der Direktion Einsatz – insbesondere an den Wochenenden. Als infrage kommende Einheiten für die Sonderlage sind das SEK, die Alarmhundertschaften und die Einheiten der Bereitschaftspolizei genannt. Über die Regelwerke und die Dienstpläne möchte Herr Zottmann hingegen keine Diskussion eröffnen: Er sieht vielmehr die Notwendigkeit, ein gemeinsames Regelwerk für die Direktion Einsatz zu gestalten. In welcher Form dieses erfolgen soll, bleibt zunächst offen.

Michael Steines wird an dieser Stelle konkreter: Er glaubt zu erkennen, dass eine vermehrte Verlagerung von Arbeitszeit ins Wochenende von der TEE und BFE erfolgen wird. Danach könnte die Technische Einheit ihre Schwerpunktarbeit ausbauen und eine durchgehende Bearbeitung an Themenkomplexen sicherstellen, was wiederum dem Wunsch von Herrn Zottmann entspräche und zu weiteren sozialen Einschnitten führen würde.

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

Fünf anstatt sechs Einsatzzüge?

Zudem stellt sich Herr Zottmann die Frage, ob die gegenwärtige Einsatzplanung richtig sei. Hier sieht er möglicherweise Optimierungs- und Anpassungspotenzial. Neben der Optimierung der Einsatzplanung diskutiert Zottmann auch die Streichung

minaristen dafür aus, an der Sechszug-Struktur festzuhalten und fordern gleichzeitig vom Leiter der Direktion Einsatz einen Kompensationsvorschlag zur Auffüllung der Züge für die Sonderlage.

Auch wenn die Bewältigung der Sonderlage im politischen Raum niemanden zu interessieren scheint, ist die Bedeutung der Sonderlage enorm hoch: Man möge sich die Reaktion der Politiker vorstellen, wenn

Im Umkehrschluss ist somit aus der angepriesenen Entlastung durch die Einstellung von Objektschützern eine Belastung geworden: Pro Einsatzzug sind die Soll-Stärken zugunsten des Objektschutzes um fünf Polizeivollzugsstellen reduziert worden und somit in der Berechnungsgröße der 2600 finanzierten Stellen der Polizei Bremen enthalten. Welcher Politiker sich dafür auf die Schulter klopft, hat damit bewirkt, dass mit der Einstellung

von Objektschützern zukünftig weniger Polizisten auf der Straße sein werden. Es bleibt zu hoffen, dass im politischen Raum auch Personen agieren, die weitsichtiger sind und die Finanzierung des Objektschutzes außerhalb der Berechnungsgröße 2600 vornehmen.

An dieser Stelle brachte Herr Steines zum Ausdruck, dass gemäß des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und dem Land Bremen die Polizei Bremen dem Bundesministerium des Innern nicht Angestellte melden darf. Das hieße, die vorgenommenen Stärkereduzierungen der Bereitschaftspolizei wirken sich unmittelbar auf die Finanzierung des Bundes aus: Bremen erhielt weniger

Zuschüsse vom Bund zur Beschaffung von Fahrzeugen und Einsatzrüstung. Somit würde die Reduzierung der Züge sich direkt auf den Haushalt auswirken.



Es gab sehr viel zu besprechen bei all den ungelösten Problemen der Bereitschaftspolizei.

eines Einsatzzuges, um dadurch fünf stärkere Einsatzzüge vorzuhalten. Er stellt nämlich in den Vordergrund, dass die Bewältigung der Lagen mit Zugstärken von 1:25 Polizeivollzugsbeamten und darunter risikobehaftet sei für die Kollegen. Die Belastung für die verbleibenden fünf Züge würde jedoch ungleich höher ausfallen, was zu weiteren sozialen Einschnitten führen würde. Damit erhielt die Aussage, die Belastung müsse gleich verteilt sein in der Direktion Einsatz, nach Auffassung der Seminaristen einen weiteren besonderen Stellenwert.

Die Teilnehmer pflichteten an dieser Stelle Herrn Zottmann bei, dass eine Zugstärke von 1:25 für die Bewältigung der Sonderlage nicht tragbar ist. Jedoch machten sie auch deutlich, dass die Versäumnisse der Politik bezüglich einer vorausschauenden Einstellungspolitik nicht auf die Schultern der Bereitschaftspolizei zu verteilen sind. Demnach sprechen sich die Se-

die Fußballfans wieder durch die Straßen ziehen, Autos beschädigen und bei der cafesierenden Wahlbevölkerung Unbehagen auslösen. In dieser Folge hat der Innensenator die Polizei Bremen einst aufgefordert, Konzepte zur Unterbindung der Fanmärsche zu entwickeln. Die genutzten Konzepte greifen, erfordern aber auch eine Vielzahl von Einsatzkräften. Daher ist es umso missverständlicher, warum der Bereitschaftspolizei keine Bedeutung beigemessen wird. Schließlich heißt es, wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen!

Objektschutz zulasten der Bereitschaftspolizei

Vielmehr wird der Bereitschaftspolizei etwas in Rechnung gestellt: Die lang ersehnten Einstellungen der Objektschützer werden auf die Stärken der Bereitschaftspolizei angerechnet.

Die Ausbildung wird vernachlässigt!

Von Kurzsichtigkeit kann man auch in der Ausbildung sprechen: Löblich ist, dass man die Einstellungszahlen endlich stark nach oben korrigiert hat. Jedoch sind die Rahmenvorgaben in der Ausbildung mangelhaft: Es fehlen jetzt schon Fahrzeuge und Funkgeräte, die zum Trainieren dringend benötigt werden. Ebenso stößt die Ausbildung an die Grenzen, was Lehr- und Bekleiderungsräume anbetrifft. Einfach nur zu sagen, wir stellen 160 Polizisten ein, ohne die Konsequenz für den Ausbildungsbereich mitzudenken, greift zu kurz und rechtfertigt noch



FACHGRUPPE BEREITSCHAFTSPOLIZEI

nicht die nunmehr in den Medien zusehende politische Profilierung. Vielmehr sind die Mittel zur Beschaffung der notwendigen Materialien ebenso bereitzustellen.

Unterbringung gefährlicher Personen

Mangelhafte Rahmenbedingungen sind auch im Polizeigewahrsam zu finden. Der politische Druck, nunmehr gefährliche Personen unterzubringen, ist für die Polizei Bremen überraschend und unerwartet gekommen. Die vorhandenen

Räumlichkeiten sind für die Unterbringung solcher Personen nicht geeignet. Daher ist der Innensenator gefordert, schnellstmöglich eine zentrale Lösung auf Bundesebene zu erwirken. Auch ist zu prüfen, ob gefährliche Personen notfalls temporär in der Justizvollzugsanstalt untergebracht werden können – gegebenenfalls durch Anpassung bestehender gesetzlicher Regelungen.

Trotz der gegenwärtigen Widrigkeiten für das Schiff Bereitschaftspolizei hält Herr Zottmann fest: „Die Bereitschaftspolizei leistet gute Ar-

beit und wir kommen sauber durch die Sonderlagen.“ Dieses gelingt der Bereitschaftspolizei nur, da sie enorm flexibel reagieren kann und somit ein wichtiger Baustein der Polizei Bremen ist. Es bleibt zu hoffen, dass es dem Direktionsleiter Einsatz gelingt, die Bereitschaftspolizei weiterhin wahrzunehmen und dafür sorgt, dass die unterschiedlichen Bereiche innerhalb der Direktion Verständnis füreinander aufbringen, denn es heißt: „Nur gegenseitiges Verständnis kann ein erträgliches Verhältnis schaffen“ (Robert Bosch). **Jens Bley**

LANDESFRAUENGRUPPE

Das GdP-Frauenseminar in Tossens war keine Erholung



Die Seminarteilnehmerinnen der Frauengruppe absolvierten ein umfangreiches Arbeitsprogramm.

Das Frauenseminar in Tossens ist für die GdP-Frauen ein jährlich wiederkehrendes Highlight. Der erste Tag war gleich ein Knaller. Als Referenten waren ein Orthopäde und eine praktische Ärztin eingeladen worden. Über Beamer und Impulsreferate konnten sich die GdP-Kolleginnen informieren, welche Möglichkeiten sie während des Dienstes haben, Gelenksbeschwerden entgegenzuwirken.

Die praktischen Übungen trugen natürlich zur allgemeinen Erheiterung bei. Ernster war der Vortrag über die Wichtigkeit von Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen.

Dass in Deutschland zu viele orthopädische Operationen vollzogen werden, war den meisten bereits bewusst. Doch welche Nachteile es auch für die Patienten haben kann, wurde anhand von Dokumentationen mehr als verdeutlicht.

Da das Wetter einfach super war, wurden die Einheit mit der Faszienrolle und die richtige Anwendung von Kinesiotape an den Strand verlegt.

Doch der Tag war damit noch lange nicht beendet, denn die Kolleginnen hatten die Chance einer Diskussion mit dem PP **Lutz Müller**. Themen wie Benachteiligung von Frauen, die in

Fortsetzung auf Seite 8



LANDESFRAUENGRUPPE

Teilzeit arbeiten, fehlende Frauenförderung und mangelhafte Ausstattung waren die Hauptpunkte der geführten Talkrunde. Dieses wurde fortgeführt mit **Andrea Wittrock**, der „Chefin“ von Personal etc. Engagiert, wie wir sie kennen, versprach sie sich der angeführten Probleme anzunehmen. Noch beim anschließenden Abendessen wurde sie mit Fragen förmlich bombardiert, denen sie sich jedoch charmant und stressfrei stellte.

Auch der 2. Seminartag hatte es in sich. Gleich nach dem Frühstück hatten alle die Möglichkeit, die Frauenbeauftragte **Esther Wilken**, die stellvert. Frauenbeauftragte **Ronda Jütting** und die Frauenbeauftragte der OP Bremerhaven nach ihren Zielen für die Legislaturperiode zu befragen.

Natürlich wurde auch über gewerkschaftliche Themen des GLV Bremen und der Frauengruppe Bund

berichtet. Ein Highlight am Ende des Jahres (8. November 2017) wird die Landesfrauenkonferenz sein. Deshalb wurden alle aufgerufen, sich bereits jetzt Gedanken zu machen, welche Anträge gestellt werden können.

Diverse Anträge werden sich sicherlich auf der Basis des anschließenden Vortrages über die Altersarmut von Frauen gestellt werden.

Entspannt wurde es, als **Doris Hoch**, Fraktionsvorsitzende der Grünen in Bremerhaven, und **Christine Schnittger**, CDU-Mitglied der Bürgerschaft, gegen Abend erschienen. Sie wurden förmlich mit Fragen überschüttet, die jedoch alle entspannt beantwortet wurden.

Ja, und dann war auch schon der letzte Tag angebrochen. **Silke Schumm**, Chefin des Sachgebietes Freie Heilfürsorge und Beihilfe der Performa Nord, klärte über diverse Themenbereiche auf. Einige der

Anwesenden stellten z. B. mit Erstaunen fest, dass sie zwar eine Anwartschaft bei einer Krankenversicherung haben, um nach der Pensionierung in einer Krankenkasse aufgenommen werden zu können, doch meistens war es nur die „kleine Anwartschaft“. Das kann richtig teuer werden, denn dann würde das Eintrittsalter (in den meisten Fällen mit 62 Jahren) zählen. Bei einer großen Anwartschaft würde als Eintrittsalter überwiegend das der Einstellung zählen. Da hier noch viele Fragen offen sind, ist eine Veranstaltung mit Silke Schumm für GdP-Mitglieder in Kürze geplant.

Die drei Tage vergingen wie im Fluge und nach dem Mittagessen und anschließender Manöverkritik waren sich alle einig, dass das Programm locker für fünf Tage ausreichend gewesen wäre. **Siggi Holschen**

GdP-SERVICE-GMBH

AZOREN - Vulkaninseln im Atlantik

8-tägige Erlebnisreise vom 5. April bis 12. April 2018 und vom 12. April bis zum 19. April 2018

PSW-Erlebnisreise

Preis pro Person ab 1.179 Euro
 Einzelzimmerzuschlag 240 Euro
 Ausflug Ostküste 39 Euro

Ihr Hotel:
The Lince
 4*-Landeskategorie, Ponta Delgada

Flüge

Tag 1	Hamburg – Lissabon	06:00 – 08:25 Uhr
Tag 1	Lissabon – Ponta Delgada	10:55 – 12:20 Uhr
Tag 8	Ponta Delgada – Lissabon	13:10 – 16:20 Uhr
Tag 8	Lissabon – Hamburg	18:00 – 22:15 Uhr

Reiseverlauf:

- 1. Tag:** Flug von Hamburg nach Ponta Delgada über Lissabon (A)
- 2. Tag:** Ponta Delgada - Höhepunkte (F, A)
- 3. Tag:** Kraterlandschaft „Sete Cidades“ (F, A)
- 4. Tag optional:** Ausflug zur Ostküste der Insel (F, A)
- 5. Tag:** Feuerlagune (F, A)
- 6. Tag:** Kratersee in Furmas (F, M, A)
- 7. Tag:** Zur freien Verfügung (F, A)
- 8. Tag:** Heimreise von Ponta Delgada über Lissabon nach Hamburg (F)

F = Frühstück, M = Mittagessen, A = Abendessen

Anmeldeschluss: 31. Oktober 2017



Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
 Max-Giese-Straße 22 · 24116 Kiel
 Telefon 0431 / 17093
 Telefax 0431 / 17092
 psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
 Hans-Böckler-Straße 2 · 23560 Lübeck
 Telefon 0451 / 5021736
 Telefax 0451 / 5021758
 psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco • Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG • Es gelten Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co. KG, Holzkoppelweg 19, 24118 Kiel. Mindestteilnehmerzahl Grundprogramm 25 Personen, Mindestteilnehmerzahl Ausflug Ostküste 15 Personen. Reiseverlauf gilt vorbehaltlich Verfügbarkeit. Flugplan-, Hotel- und Programmänderungen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

